

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Es unterliegt eingetragene Manuskripte über-
nimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Verlag und Druck von Rudolf Wolff in Berlin.

Der preussische „Wahlkampf“.

Nur noch kurze sieben Wochen trennen uns von den Wahlmännerwahlen in Preußen; durch die offizielle Bekanntgabe des Wahltermins sind die äußeren Hindernisse aus dem Wege geräumt worden, die sich sonst der politischen Betätigung hemmend entgegenstellten. Man kann gegenwärtig im Lande förmlich Flugblätter verteilen und förmliche Versammlungen abzurufen, wie man will, ohne sich erst zur Polizeibehörde bemühen zu müssen. Aber wir sehen nicht, daß von dieser Geräumtheit ein unbedingener, oder auch nur ein bescheidener Gebrauch gemacht würde. Sie und die rasche, fast einige Vertrauensmänner der Parteien dazu auf, einen Kandidaten zu nominieren; sie und da fällt auch ein Kandidat das Bedürfnis, sich seinen Wählern vorzustellen und ihnen so etwas wie ein Programm zu entwickeln. Dann spricht er gewöhnlich vor einigen Dutzend Männchen, die mehr aus Neugier als aus ernsthaftem, politischem Interesse angetrieben werden. Wären nicht die Zeitungen, die solchen in den meisten Fällen absolut bedeutungslosen Rundgebungen eine gewisse Resonanz verschaffen, dann trübe sich bald nach der ersten Wahlbewegung. Von einem Wahlkampf sprechen wir wollen, wäre einfach Größenwahn. Kaum, daß sich die Oberfläche des preussischen Landes sporadisch ein wenig kräuselt. Man könnte entsetzlich einwenden, daß nun einmal die preussischen Wähler kein Bedürfnis nach politischen Sensationen hätten. Sie fühlen sich bei den heutigen Zuständen in Preußen wohl, und man sollte sich hüten, das Ruhende künstlich in Bewegung zu setzen. Indessen würde eine solche Behauptung die Dinge direkt auf den Kopf stellen. Die preussischen Wähler sind durchaus nicht geduldig und noch weniger zufrieden. Sie wissen nur zu gut, daß es ebenso wie der Geist der Steuern, wie in Kirche und Schule, wie in der Verwaltung, wie in den Fragen der Landeskultur sehr viel zu bessern gibt; auch ist das Gefühl des preussischen Volkes nicht die, daß es die Nachteile des Junitums, des Klerus und der Bürokratie nicht empfindlich spüren könnte. Auch an der mangelnden Politisierung der Wähler, die Herrn v. Bethmann Hollweg schon zu weit geht, liegt es nicht. Derselben Wähler, der bei den preussischen Landtagswahlen seinen Finger rühren, werden sofort recht munter, wenn die Reichstagswahlen vor der Tür stehen. Und alles, was irgend kriechen kann, gibt bei den Reichstagswahlen die Stimme ab. Bei den preussischen Wahlen bleibt man lieber zu Hause. Es hilft ja doch nichts, daß ist der Meckrer, der mehr oder weniger bestialisch aus der Inobhut der Wählermassen und bei den Reichstagswahlen entgegensteht. Dant hätte seine Döllingerin nicht über dem preussischen Abgeordnetenhaus andringen können: Laßt alle Hoffnung draufhin!

Die verpönten Wirkungen des geltenden Dreiklassenwahlrechts in Preußen machen sich nicht an den Wählern allein, sondern nicht minder an den einzelnen Parteien geltend. Wer sich einmischen einen Überblick über die politischen Zustände in Preußen und im Reich, im Abgeordnetenhaus und im Reichstag zu gewinnen bemüht, dem muß es auffallen, daß dieselben Abgeordneten, daß auch dieselben Parteien hier und dort nicht dieselben sind. Das gilt nicht bloß von den Konfessionen, die im Reichstag doch immer eine gewisse Rücksicht auf die Wähler zu nehmen genötigt sind, während sie sich im Reichstagsanhang „ausleben“ können; es gilt auch nicht bloß von dem Zentrum, das im Reichstag zum gleichen Wahlrecht auch für die Einzelstaaten bestrebt, während es im Abgeordnetenhaus die Durchführung des gleichen Wahlrechts im Grunde mit den Konservativen ver-

hindern hilft. Es trifft ebenso für die liberalen Parteien zu. Die Nationalliberalen treten im Reichstag für das gleiche Wahlrecht ein, während sie im preussischen Abgeordnetenhaus keine dringendere Aufgabe sehen, als die Aufrechterhaltung der Klassenwahl, nur noch vergrößern möchte. Aber auch die Fortschrittliche Volkspartei unterwirft sich dem Gesetz der preussischen Parteien. Zwar in der Frage des gleichen Wahlrechts ist sie tatfaktisch geblieben, aber vor einer letzten Verhandlung mit der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen, die ihr für die Wahlen zum Reichstag als selbstverständlich erschien, scheute sie tugendhaft zurück. Und man muß ihr zugestehen, daß auch die Sozialdemokratie im preussischen Abgeordnetenhaus eine andere als im Reichstag ist. Sie weiß, daß sie unter dem Dreiklassenwahlrecht nichts zu gewinnen und nichts zu verlieren hat, und so sieht sie ihre Aufgabe nicht sowohl darin, positive Arbeit zu leisten, als den Bourgeois vor den Leib zu legen. Ihre ideologischen Bedingungen für ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken waren unerfüllbar. Das mußten die preussischen Sozialdemokraten natürlich ebenso gut wie die Fortschrittlichen. Aber sie formulierten sie mit der äußersten Schärfe, um nachher triumphierend auf die neue Bestätigung der alten These von der einen reaktionären Masse hinweisen zu können.

Gewiß, es fehlt nicht an einzelnen Stimmen, die vor einer solchen selbstmörderischen Taktik warnen und es nicht gelten lassen wollen, daß es sich bei den Versuchen, aus eigener Kraft sich aus dem preussischen Wahlrechtslump herauszuarbeiten, nur um die Wiederholung des Münchener Beispiels handelt, der sich an seinem Jopf aus dem Stumpf herauszog. Wenn die Parteien, die ernstlich fassen sie auch weiter, Empfindung doch sogar der allerdings des Schriftstellers Schröder in den „Sozialistischen Monatsheften“ trotz allem eine Fülle der Verhängung, die „von Viehrecht bis Friedberg“ reichen sollte. Ob eine solche Brücke genügende Tragfähigkeit besitzen würde, um die Opposition aus der Trübsen zu tragen, wer will es wissen? Leider wird nicht einmal der Versuch gemacht werden, sie zu fundamentieren. Die Sozialdemokraten wollen nicht, und die Nationalliberalen wollen auch nicht. Sie scheinen es noch immer für erpresslicher zu halten, sich mit dem Zentrum zu assoziieren, obgleich es längst als selbstgefallen gelten kann, daß das Zentrum auch diesmal das Wahlrecht mit der Konfessionen zu machen gedankt und seine jüdischen Wahlrechtsgrundsätze einfach in die Tasche steckt.

Nur wer von einem blinden Optimismus befangen ist, wird unter solchen Umständen von den kommenden preussischen Wahlen auch nur den geringsten politischen Fortschritt erwarten. Besserer sieht Herr v. Bethmann Hollweg gerade darin einen Erfolg seiner Politik. In dem großen preussischen Stumpf ist längst das Wahlrechtsverprechen des Königs vom Oktober 1908 auf den Grund gelautet, und das gleiche Ende fand der schwächliche Bethmannsche Wahlrechtsreformversuch. Mit Junkertum und Klerikalismus läßt sich wohl noch einige Zeit behaglich in diesem Stumpf herumplätschern, sofern sich der leitende Staatsmann nicht von Prinzipien, sondern von den „gottgewollten Abhängigkeiten“ bestimmen läßt. Und doch wird man sich fragen müssen, wie lange es auf diese Art noch weiter gehen soll und wird. Friedberg der Größe, als es alt geworden war, sprach das melancholische Wort: „Ich bin es müde, aber Sklaven zu

herrschen“. Es ist auch schon umgekehrt in Preußen vorgekommen, daß es den preussischen „Unterthanen“ zu viel wurde, immer nur Sklaven zu sein.

Neue Gerüchte vom Rücktritt Kotoszows.

Der vorstehende Wechsel
auf dem russischen Botschafterposten in London?
(Telegramme unserer Korrespondenten.)

VA Paris, 28. März.
Der Petersburger Korrespondent des „Figaro“ will aus guter Quelle erfahren haben, daß trotz aller Bemühungen die Demission des Ministerpräsidenten Kotoszow erwogen werde. Man bringt die Demission des russischen Ministers mit dem Abgang Kotoszows von Paris in Verbindung und deutet an, daß Kotoszow vielleicht die russische Botschaft in Paris übernehmen werde.

St Petersburg, 28. März.
Das „Kosmoje Wremja“ meldet, daß der Rücktritt des russischen Botschafters in London, Graf Benckendorff, bevorstehe, da sein Gesundheitszustand Erholung bedürfe. Dazwischen liegt, dem großen Freund der Engländer, Gelegenheit geboten, seine diplomatische Karriere an der Themse fortzusetzen, nachdem sein Rücktritt in Paris beschlossene Sache ist. — Der Staatssekretär von Finnland, Baron Langhoff, hat seinen Abschied eingereicht und bewilligt erhalten, weil er sich außerhalb sieht, die Gegenstände zwischen der russischen Politik und Finnland länger auszuweichen. Der finnische Botschafter General Kurlow, der durch das Attentat auf Stolypin kompromittiert war, soll demnächst zum Senator ernannt werden.

Die bulgarischen Friedensbedingungen.

Midia-Rodos oder Midia-Saros?
(Telegramme unserer Korrespondenten.)

St Petersburg, 28. März.
Der hier weilende bulgarische General Radko Dimitroff erklärte einem Interviewer der „Ritisch“, Bulgarien werde nur dann die Tschataldshalinie stürmen, falls es die Macht habe, Konstantinopel zu nehmen. Diese Macht habe aber bisher nicht vorgelegen. Bulgarien begnüge sich weiter, als die Grenze Midia-Rodos zu erhalten. Der Friedensabstich könne trotzdem eine Verzögerung erfahren, wenn im geeigneten Augenblick keine Vollmachten der Fürste zur Hand wären. Seine Verhandlungen in dieser Hinsicht seien nicht unterbrochen, denn in Konstantinopel ständen gewisse Annahmen bevor. Wie wir von informierter Seite mitgeteilt wird, verläßt General Dimitroff demnächst Petersburg. Er hat seine politische Mission in Jaroslaw Selsersfall und diese wird als gelungen bezeichnet. In den letzten Tagen haben mehrere Zusammenkünfte zwischen Daxen und dem rumänischen Gesandten in Sofia, Fürsten Ghika stattgefunden, um die Lösung des rumänisch-bulgarischen Konflikts zu fördern.

Wien, 28. März.
Der Berichterstatter der „Politischen Korrespondenz“ in Sofia schreibt von kompetenter Seite, daß die Einigung der verbündeten Balkanstaaten über die Annahme des Vorschlages der Großmächte als Grundlage für die Friedensverhandlungen bereits erfolgt ist. Die Balkanstaaten beabsichtigen nicht, die friedensgerichtliche Aktion bis zur Erlangung einer Verständigung mit der Türkei fortzusetzen, sind vielmehr von dem aufrichtigen Willen

Die Krisis der russischen Familie.

Von [Redaktion verboten.]

Alexander Amfiteatrow.

Der hier folgende Aufsatz des hervorragenden russischen Schriftstellers Alexander Amfiteatrow gehört in die Reihe der Artikel, die in der Osternummer des „Berliner Tageblatts“ unter dem Titel „Das häusliche Leben“ veröffentlicht worden sind. Amfiteatrow, dem wegen seiner politischen Ansichten das Leben in seiner Heimat schwer gemacht wurde, lebt im Ausland. Er gilt aber auch bei seinen Gegnern noch immer als der glänzendste russische Publizist.

Die Redaktion.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die russische Familie gegenwärtig eine schwere Krisis durchlebt. Man bezieht sich gewöhnlich zu verstehen, daß diese Krisis nur in der mittleren Klasse der Gesellschaft, der sogenannten „Intelligenz“, in Erscheinung tritt. Aber die offizielle Zeitung „Ritisch“ brachte erst vor einigen Tagen die Mitteilung, daß dem Heiligen Synod nicht mehr und nicht weniger als 5000 Ehevertragsgesuche von Bauern aus dem Gouvernement Tula vorliegen. Diese überraschend große Ziffer beweist, daß die Zersetzung der Familie sich bis in die tiefsten Schichten des Volkes erstreckt.

Man ist geneigt, die Schuld an der Krisis der russischen Familie auf die sozialistischen Lehren, das Freidenkertum, den Atheismus und Materialismus und den Einfluß der Bildung, Lebensweise und Wissenschaft des Westens zu schieben. In Wirklichkeit wird das Leben der Familie in Russland durch die Einflüsse der Kirche am schwersten geschädigt, was natürlich nichts mit dem Glauben oder der religiösen Einstellung zu tun hat, sondern mit den Mißständen und Schanden zu tun hat, die sich allmählich ausgebildet haben. Der starke Zölibatismus, durch den die Kirche sich gleichsam für ihre Abhängigkeit von der Regierung an der Bevölkerung rächt, ist mit seiner einseitigen Wirkung für die Institution der Ehe geradezu unerträglich geworden. Die Trauungszeremonie ist von der Höhe einer geheimnisvollen, heiligen Handlung, die eine gewisse religiöse Würde, von Jahr zu Jahr mehr auf das Niveau einer polizeilich vorgeschriebenen Formalität zur Erlangung eines gemeinsamen Paares für Mann und Frau herabgesunken. Es gibt heute in Russland keine Zügel. Aber was das Gesetz gewährt, das wird durch die sich mehr und mehr einbürgernde Gewohnheit ausgefüllt. Rings um Europa gibt es so viele ungetraute Ehepaare wie in Rus-

land. Es existieren dort ganze soziale Gruppen, in denen diese Form der Ehe auf Ehrenwort, auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens, über die kirchlich eingetragene Ehe bei weitem das Übergewicht hat, ja, sie steht völlig abseits. Das galt in diesem weitgehenden Maße natürlich nur für die freidenkerliche Intelligenz. In letzter Zeit jedoch hat die Ehe nach „Ledererinnung“ auch im Volk, selbst in so entlegenen Gegenden, wie zum Beispiel in den Gouvernements Kachengit und Wolgoga, Wurzel gefaßt. Der hauptsächlichste Grund dafür liegt in der Schwierigkeit der Ehescheidung, mit all der damit verbundenen und in der Regel sehr lästigen Formalitäten verknüpft ist. Noch einmal: mit einem Einsein der Religiosität hat diese Abneigung der Bevölkerung gegen die kirchliche Ehe und die Bevorzugung des freien Zusammenlebens nur sehr wenig zu tun. Die russische Intelligenz weist im Gegenteil seit etwa anderthalb Jahrzehnten eine in dieser Beziehung charakteristische Gesinnung auf: Sie sucht (wenn sie auch in Wirklichkeit nicht religiöser geworden ist) doch wenigstens sich selbst und anderen einzureden, daß sie es geworden sei, wobei eine ganze Schaar von sogenannten „weltlichen Theologen“, „Gottgelehrten“, „Gottgelehrten“ und ähnlichen Liebhabern mühsamer Selbsttäuschung sie in Wort und Schrift festlich unterstützen. . . . Was die unteren Volksschichten betrifft, so hatten sie bei einem Ehescheidungsantrag ununterbrochen ein lebendiges Beispiel dafür vor Augen, daß die besten, treuesten und reinsten Ehen, die das russische Volk nur aufzuweisen hat, stets der kirchlichen Anerkennung erwidert. Da habe hier die Ehe vor dem Gesetz und in der Kirche bestehend erklärt wurden, was, wie gesagt, dieses tieferliegende Volkselement nicht geändert hat, von jeder ein wahrhaft musterhaftes Familienleben zu führen.

Der starke Rückgang der russischen Kirche vermag das Eindringen der Mißstände nicht aufzuhalten, die vielmehr, obgleich sie mit den Grundgesetzen der russischen Kirche im Widerspruch steht, doch ungemein häufig geworden ist. Seit dem Jahre 1905 war der Rückfall von der rechtgläubigen Kirche gerade aus Gründen der gesellschaftlichen eine sehr harter, zäheste Lebensweise zu weniger gesellschaftlicher Freiheit, die eine Ehescheidung ohne Rücksicht auf das hergebrachte Konfessionen, die eine Ehescheidung ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis gestatten, finden fortwährend statt. Ganz besonders hat hier die russisch-jüdischen Ehen als die häufigsten unter den Mißständen, hervorzutreten. Der einen Glaubenswechsel abgesehen, ist, sieht eben das freie Zusammenleben vor. Die Emigranten-scharen, die seit 1905 aus revolutionären Gründen Russland verlassen mußten, bestanden fast durchweg aus solchen gemischt-konfessionellen

Paaren. Es liegt auf der Hand, daß durch die bevorstehende Rückkehr dieser Emigrantennasse nach Russland die Ehefrage in eine neue Phase treten und eine rasche und gründliche praktische Lösung heischen wird.

Ich bin zu lange von Russland fern, um ein Recht zur Abgabe eines Urteils über die künftige Beschaffenheit seines Familienlebens zu besitzen. Wenn man den russischen Zeitungen Glauben schenken darf, befindet sich das russische Familienleben nach der künftigen Seite hin augenblicklich in einem geradezu entsetzlichen Zustande. Eine Reihe monströser Prozesse und Skandale hat auf den gewöhnlichsten Zustand der Ehe in den mittleren russischen Gesellschaftsklassen überaus grelle Schlaglichter geworfen. Und um die oberen — wie auch die unteren — Schichten der Bevölkerung steht es nicht besser. In erschreckendem Maße ist der Prozentsatz der Fälle von Notzucht, Eheskandale usw. in den Kreisen der Geistlichkeit und des Zölibats gewachsen. Die Epidemie des „Polygamismus“ beweist, daß zwischen der älteren und der jüngeren Generation selbst auf dem Grunde kein gegenseitiges Vertrauen mehr vorhanden ist, daß vielmehr beide einander voll Ertüchtigung und Egoismus gegenüberstehen. In der Stadt tritt der Gegensatz natürlich noch peinigender und schärfer zu Tage.

Wir Russen sind unseren Kindern mit einer sentimentalischen, ja leidenschaftlichen Zärtlichkeit angetan, doch verstehen wir sie nicht zu ergreifen, weil wir sie eben nicht auf die rechte Art zu lieben wissen. Der vierzig Jahre alte die Regierung, aus Furcht vor dem raschen Fortschritt der gesellschaftlichen Entwicklung nach der Reformperiode Kaiser Alexanders II., dieser Entwicklung durch ein Erziehungsreformgesetz Einhalt zu tun versucht, das man bei uns das „Klassische“ genannt hat, wiewohl es in Wirklichkeit ein so idiotisches Zeugnis zu werden verdient. Man sucht durch dieses System eine Würdigung für die Qualität des jungen Geschlechts, der zukünftigen Intelligenz zu schaffen. Der diese Ziele schreibt, ist durchaus kein Feind, sondern im Gegenteil ein großer Verehrer des Klassizismus, soweit sich dieser in verstandenen Beharren bewegt und in den Dienst der Würde und Schönheit nicht aber in den der offiziellen russischen Lage stellt. Man hat in Russland das klassische System in eine Erzieher-Fürsorgekammer umgewandelt, aus der die Kinder verdrängt, bestraft, charakterlos und unwillig hervorgehen, mit einem ausgesprochenen Haß gegen die Wissenschaft und mit einer hart verringerten Abhängigkeit an die Familie. Die Schuld hieran fällt natürlich nicht nur der Regierung, sondern auch der Gesellschaft selbst zur Last, die sich als so schwach und schwächert erweist, um

Albert Deßermann tritt morgen in den Kammerpielen zum letzten Male vor. Antritt seines Klavierals als François in „Schöne Frauen“ auf.

In der Reueinstudierung von „H. Heidelberg“, die in den Deutschen Schaulpielhaufe am 1. April in Szene geht, wird Deßermann als Hauptfigur, der Baron von Hohenhausen, die Rolle der Kathie: Hans Hebert, der Herr von Hohenhausen: Graf Adolph von Hohenberg: Erich Krämer-Zig: Kammerdiener: Lutz: Adalbert Ulrici.

Wegen Erkrankung des Herrn Georg Boelcke wird heute (Freitag) im Schillertheater O. (Wallnertheater) statt der bereits angekündigten Vorstellung „Die Geliebten“ und „Elsa“ Schiller

Diefer Gottesdienst hat heute noch erkennen laßt, und die Mit-
glieder kamen in großen Scharen herbei, um die Kanzel mitzu-
nehmen. Es wurde ein Kirchenlied gesungen, und dann befiel der
Pfarrer die Kanzel und predigte von der Eitelkeit der Welt, die
entlich von den Armen und Unbegabten streng zu meiden sei.
große Erfolge, den das Unternehmen in St. Hoch land, wird zur
Ankündigung in anderen Gottesdiensten führen, und bald werden alle
Rahnerinnen vom Fortis die halbe Stunde, in der sie freige-
schöpft sollen, zwischen Kirchenmännern verbringen können.
Es werden dann noch blasier werden, als sie jetzt schon hat. Aber
himmlische Rama in uns dafür tollficher.

[illegible]

[illegible]

Berlin, Freitag, 28. März 1913 (Abend)

□ **Aus der Flugzeugindustrie.**

